

An den Landrat

---

Glarus, 13. August 2019

## **Postulat FDP-Fraktion «Förderung der politischen Bildung im Kanton Glarus»**

Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

### **1. Ausgangslage**

Am 13. Februar 2019 reichte die FDP-Fraktion das Postulat «Förderung der politischen Bildung im Kanton Glarus» ein (s. Beilage). Sie fordert darin, dass der Regierungsrat in einem Bericht darlegt, wie die politische Bildung auf der Primar- und Sekundarstufe im Kanton Glarus besser und stärker gefördert werden könne. In der Begründung heisst es unter anderem, der Kanton Glarus kenne heute lediglich an der Kantonsschule und an den Berufsschulen das Schulfach «Staatskunde». Somit würden viele Jugendliche während ihrer Schulzeit nie, zu wenig oder zu spät mit der Politik konfrontiert und nur über geringe politische Kenntnisse verfügen. Mit einer besseren Schulung solle erreicht werden, dass Schülerinnen und Schüler die Grundlagen der Demokratie und der Menschenrechte besser verstehen und sich vermehrt dafür engagieren würden.

Die politische Bildung im weiteren Sinne ist bereits heute die Aufgabe aller Schulstufen, also auch von Primar-, Ober-, Real- und Sekundarschule. Dies wurde mit der Einführung des neuen Glarner Lehrplans für die Volksschule auf das Schuljahr 2017/18 noch deutlicher gemacht. Die entsprechenden Ziele und Inhalte im Lehrplan unterscheiden sich je nach Alter der Schülerinnen und Schüler. Politische Bildung beinhaltet gemäss heutigem Verständnis jedoch mehr als reine Staatskunde. Sie bedeutet nicht alleine das Erlernen der staatlichen Strukturen und der demokratischen Abläufe sowie das Kennenlernen von deren Akteurinnen und Akteuren. Politische Bildung beinhaltet das direkte Erleben von Politik und das Partizipieren an demokratischen Abläufen. Sie setzt im praktischen Umfeld dort an, wo Mitwirkung gefragt ist und somit klar im Unterricht. Das gemeinsame Verständnis von Demokratie und die Benennung demokratischer Prozesse bedingen eine intensive Auseinandersetzung und erfordern für ein weitgehendes Verständnis auch eine gewisse Altersreife. An den Glarner Schulen werden die Themen Politik und Menschenrechte sowohl in der Kindergarten- und Primarstufe als auch in der Sekundarstufe thematisiert und geübt.

### **2. Politische Bildung im Glarner Lehrplan für die Volksschule**

Auf der Primarstufe ist die politische Bildung Teil des Sachunterrichts und darauf ausgerichtet, dass Schülerinnen und Schüler lernen, miteinander umzugehen, die Gemeinschaft mitzugestalten und sich eine eigene Meinung zu bilden. Auf der Sekundarstufe I findet im Rahmen des Faches «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG) eine Einführung in politische Systeme

und Demokratiekonzepte – in die schweizerische Demokratie – statt. Auch die Sensibilisierung für Rechte und Pflichten, insbesondere für Verfassungs- und Menschenrechte, und die Positionierung der Schweiz in Europa ist ein Thema.

Politische Bildung ist im Lehrplan 21 und somit auch im Glarner Lehrplan für die Volksschule kein eigener Fachbereich. Auf allen Stufen werden jedoch Kompetenzen zum Thema erworben. Die Landsgemeinde wurde beispielsweise als Glarner Besonderheit im Lehrplan explizit als verbindliches Thema aufgenommen (s. beiliegender Auszug aus dem Glarner Lehrplan, Abb. 2). Zudem ist politische Bildung prominent als fächerübergreifendes Thema «Politik, Demokratie und Menschenrechte» unter der Leitidee «Nachhaltige Entwicklung» (BNE) präsent (s. beiliegender Auszug aus dem Glarner Lehrplan, Abb. 1).

Nachfolgend sind die wichtigsten Kompetenzen aufgeführt, mit welchen die Schülerinnen und Schüler befähigt werden, demokratische und politische Prozesse kennenzulernen und zu verstehen und somit am gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können.

### **2.1. Kindergarten- und Primarstufe**

Historische und ethische Fragestellungen sind in der Primarschule (inkl. Kindergarten) Teil des Fachbereichs «Natur, Mensch, Gesellschaft» (NMG, früher Mensch und Umwelt). Spezifische altersgerechte Inhalte zur politischen Bildung sind innerhalb des Fachbereichs NMG im Kompetenzbereich NMG.10, «Gemeinschaft und Gesellschaft – Zusammenleben gestalten und sich engagieren», sowie im Kompetenzbereich NMG.11, «Grunderfahrungen, Werte und Normen erkunden und reflektieren», wie folgt beschrieben:

- 10.3: *Die Schülerinnen und Schüler können grundlegende Funktionen öffentlicher Institutionen verstehen.*
- 10.4: *Die Schülerinnen und Schüler können das Verhältnis von Macht und Recht in Gegenwart und Vergangenheit verstehen.*
- 10.5: *Die Schülerinnen und Schüler können eigene Anliegen einbringen sowie politische Prozesse erkennen (s. beiliegender Auszug aus dem Glarner Lehrplan, Abb. 2).*
- 11.4: *Die Schülerinnen und Schüler können Situationen und Handlungen hinterfragen, ethisch beurteilen und Standpunkte begründet vertreten.*

Bereits auf Kindergarten- und Primarschulstufe werden politische Prozesse im Rahmen des «Klassenrates» oder ähnlicher Formen fächerübergreifend und situationsbezogen besprochen und geübt. Immer wieder führen einzelne Schulen in Projektwochen eine «Landsgemeinde» durch, um mit den Lernenden diesen politisch und gesellschaftlich wichtigen Prozess des Kantons Glarus zu erleben.

### **2.2. Sekundarstufe I**

Der Lehrplan der Sekundarschule schliesst nahtlos an die in der Primarschule erworbenen Kompetenzen an. Historische und geografische Themen werden nun vorwiegend in den Fachbereichen «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG, früher Geschichte und Geografie) sowie «Ethik, Religion und Gemeinschaft» (ERG) behandelt. Als Glarner Besonderheit wurde in der Stundentafel der Sekundarstufe die «Klassenstunde» aufgenommen. In dieser wöchentlichen Lektion befassen sich die Lernenden mit der Berufswahl und üben, wie man in einer Gemeinschaft partizipiert (sich eine Meinung bilden und diese vertreten, Probleme lösen, Kommunikationsregeln, Abstimmungen durchführen usw.).

Im Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG) werden Kompetenzen zur politischen Bildung im Kompetenzbereich RZG.8, «Demokratie und Menschenrechte verstehen und sich dafür engagieren», folgendermassen beschrieben:

- 8.1: *Die Schülerinnen und Schüler können die Schweizer Demokratie erklären und mit anderen Systemen vergleichen (s. beiliegender Auszug aus dem Glarner Lehrplan, Abb. 3).*

- 8.2: Die Schülerinnen und Schüler können die Entwicklung, Bedeutung und Bedrohung der Menschenrechte erklären (s. beiliegender Auszug aus dem Glarner Lehrplan, Abb. 4).
- 8.3: Die Schülerinnen und Schüler können die Positionierung der Schweiz in Europa und der Welt wahrnehmen und beurteilen.

Im Fachbereich «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» (ERG) werden Kompetenzen zur politischen Bildung folgendermassen beschrieben:

- 2: Werte und Normen klären und Entscheidungen verantworten.
- 5: Die Schülerinnen und Schüler können Gemeinschaft aktiv mitgestalten.

### **2.3. Einführungsprozess Glarner Lehrplan für die Volksschule**

Der Glarner Lehrplan für die Volksschule befindet sich noch in der Einführungsphase. Diese wird im Jahre 2021 abgeschlossen sein. Verschiedene Weiterbildungen unterstützen die Lehrpersonen bei der Umsetzung des Lehrplans. Insbesondere auf der Sekundarstufe I wurden die Lehrpersonen intensiv auf die neuen Fächer RZG und ERG – und damit auf den Themenkreis «politische Bildung» – vorbereitet und weitergebildet.

## **3. Schlussfolgerungen**

Der Regierungsrat teilt grundsätzlich das Anliegen der Postulanten, die politische Bildung auf der Primar- und Sekundarstufe stärker zu fördern. Dafür in der Volksschule ein separates Fach «Politische Bildung» einzuführen – dies wird im Postulat als Idee aufgeworfen –, erachtet er jedoch nicht als zielführend. Der Kanton Glarus stünde mit einem solchen Entscheid faktisch alleine da (ausser AG, 1 Wochenlektion im letzten Schuljahr), während er sich mit dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat an und für sich zur Harmonisierung der Unterrichtsinhalte mit anderen Kantonen verpflichtet hat. Die Einführung eines solchen Faches stünde zudem im Widerspruch zum interkantonal getragenen Anliegen, gesellschaftlich relevante Themen im Sinne der im Lehrplan 21 formulierten «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) von einzelnen Fächern zu lösen und in möglichst alle Fächer und Fachbereiche einzubinden.

Aus obigen Darstellungen (s. Ziff. 2) wird deutlich, dass Inhalte aus dem Themenkreis «politische Bildung» im neuen, erst vor Kurzem eingeführten Lehrplan explizit ihren Niederschlag finden. Sie sind auf allen Schulstufen vermehrt Thema. Der Weg zu einer Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule ist aus Sicht des Regierungsrates demnach geebnet, und zwar in der geeigneten Form. Ihm ist bewusst, dass die konkreten Auswirkungen des neuen Lehrplans allerdings erst nach der Einführungsphase zu beobachten sein werden bzw. sogar erst dann, wenn ein Kind die gesamte Schullaufbahn auf den neuen Grundlagen durchlaufen durfte.

Bei einem Postulat besteht die Möglichkeit, dass der Regierungsrat im Rahmen seiner Stellungnahme zur Frage der Überweisung auch schon gleichzeitig Bericht darüber erstattet, ob eine Massnahme zu treffen sei. Vorliegend lässt sich feststellen, dass mit der Einführung des neuen Glarner Lehrplans unlängst eine Weiterentwicklung des Volksschulunterrichts verbunden mit verstärkter politischer Bildung angestossen worden ist. Dem parlamentarischen Vorstoss wird damit im Ergebnis entsprochen. In einem solchen Fall beantragt der Regierungsrat, das Postulat als bereits mit seiner Stellungnahme erfüllt abzuschreiben (Art. 88 Abs. 2 Landratsverordnung).

#### **4. Antrag**

*Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Postulat zu überweisen und als erledigt abzuschreiben.*

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

**Im Namen des Regierungsrates**

*Andrea Bettiga, Landammann  
Hansjörg Dürst, Ratsschreiber*

Beilagen:

- Postulat
- Auszug aus dem Glarner Lehrplan für die Volksschule